

Sehr geehrte Parteifreunde im Cuxland,

auf der Kreistagssitzung am 13.11.2019 war die AfD Kreisfraktion hauptsächlich in zwei Punkten politisch aktiv:

Der Landkreis plant für das Gymnasium Langen einen Erweiterungsbau, bei dem die Kosten regelrecht explodiert sind. Eine realistische Schätzung ging von ca. 11,4 Mio. Euro aus, bei der Ausschreibung gab es ein einziges Angebot in Höhe von 24,5 Mio. Euro! Die AfD Kreisfraktion hält es für unverantwortlich, unter diesen Bedingungen mit dem Bau zu beginnen, so würde man vernünftigerweise mit seinem privaten Geld auch nicht umgehen. Wer würde mehr als das Doppelte der realistischen Kosten auszugeben? Daher hat die AfD beantragt, den dringenden Raumbedarf vorerst durch Aufstellen von Modulbauten zu decken und die Landesregierung aufzufordern, über eine Bundesratsinitiative das Ende dieser Währungsunion zu fordern, die zu dieser völlig überhitzten Baukonjunktur führt. Bei Null- bzw. Negativzinsen ist es natürlich kein Wunder, dass sehr viele Leute ihr Geld lieber in Neubau oder Modernisierung von Immobilien stecken und sich die Bauwirtschaft vor Aufträgen kaum retten kann.

Punkt zwei ist die Beteiligung des Landkreises an einer Bioabfall-Verwertungsanlage in Osterholz. Alle etablierten Parteien wollen diese, der Landkreis solle dort unternehmerische Verantwortung übernehmen. Deshalb haben sie einen entsprechenden Grundsatzbeschluss gefasst. Die AfD-Fraktion hat dagegen gestimmt, weil die Entscheidung zum jetzigen Zeitpunkt noch viel zu früh ist. Erst im Jahr 2021 werden im Cuxland Biotonnen eingeführt, das heißt erst dann weiß man, welche Abfallmengen tatsächlich zusammen kommen werden und welche Qualität diese haben. Insbesondere in sehr touristisch geprägten Regionen gibt es nicht selten Probleme mit der Mülltrennung, so dass der Bioabfall für eine solch hochwertige Verwertung möglicherweise gar nicht geeignet sein wird. Ein weiterer Grund ist, dass es nicht sein kann, dass der Landkreis seine Pflichtaufgaben nicht ordentlich erfüllt und sich Schulleiter an die Öffentlichkeit wenden, weil sie die ihnen eigentlich zustehenden Haushaltsmittel nicht in voller Höhe erhalten, der Landkreis andererseits aber freiwillig unternehmerische Risiken zum Bau und Betrieb einer solchen Anlage übernimmt.

Auf einer vorherigen Veranstaltung wurde die AfD vom Oldenburger Polizeipräsidenten heftig kritisiert. Eine Stellungnahme der AfD-Vertreter dazu wurde nach wenigen Sätzen abgebrochen. Nach der Aussage, dass auch niemand die Grünen politisch dafür verantwortlich macht, wenn Umweltaktivisten Straftaten begehen war Schluss mit dem Rederecht. Doch so einfach lassen sich Ihre Kreistagsabgeordnete nicht unterkriegen. In einem offenen Brief, der in großer Zahl kopiert an alle Polizeidienststellen im Landkreis verschickt wurde ist eine Stellungnahme zu all diesen Anschuldigungen. Dieser Brief ist im Anhang im pdf-Format beigefügt.

Mit alternativen Grüßen

Ihre AfD Kreistagsfraktion Cuxhaven  
Oliver Dietrich, Anton Werner Grunert, Manfred Müller und Jens Posny